

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreib: Tageblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontos: Dresden 1838  
Ciccolaffe Riesa Nr. 52.

Nr. 17.

Freitag, 20. Januar 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 8.— Mark ohne Zustelgebühren. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochentagen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mal dreizehn, 3 mal hohe Zeilen (7 Spalten) 2.— Mark, Preis für 175 Mark; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühren 75 Pf. Peste Tarife. Bewilligter Rabatt erstreckt sich, wenn der Betrag verfallt durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät, Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Die Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerischen Einrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Bekanntmachung

betreffend Einlieferung der für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 verwendeten Steuerkarten und Markenblätter.

Ausfolge der Bestimmungen über die Einlieferung der für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 verwendeten Steuerkarten und Markenblätter vom 21. Dezember 1921 und 7. Januar 1922 (Zentralblatt für das Deutsche Reich Seite 1002 bei Seite 20) ist jeder Arbeitnehmer verpflichtet,

bis zum 15. März 1922

seine Steuerkarte und die losen Markenblätter, die für den in der Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 bezogenen Arbeitslohn zum Einlösen und Entwerten von Steuermarken verwendet worden sind, der für ihn zuständigen Steuerbehörde (Stadt- oder Ortssteuerbehörde) zu übergeben oder zu überlassen. An Stelle des Arbeitnehmers kann der Arbeitgeber die Einlieferung der Steuerkarten oder Markenblätter übernehmen. Die Einlieferung kann gemäß § 202 der Reichsabgabenordnung erzwungen werden.

Nach § 2 der Verordnung vom 21. Dezember 1921 ist jeder Arbeitgeber verpflichtet, durch Anschlag in den Arbeits- und Geschäftsräumen auf die vorstehende Bestimmung und

besonders darauf hinzuweisen, daß Arbeitnehmer, deren Steuerkarten oder Markenblätter nicht eingeliefert sind, für das Rechnungsjahr 1921 zur Einkommensteuer veranlagt werden. Hierbei wird bemerkt, daß die Ablieferung der Steuerkarten für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 nur an die Behörde (Gemeindebehörde) desjenigen Ortes zu erfolgen hat, an dem der Arbeitnehmer am 20. Oktober 1921 wohnhaft war. Erfolgt die Einlieferung der Steuerkarten durch den Arbeitgeber, so ist für jeden Ort ein Verzeichnis der Arbeitnehmer unter Angabe der Wohnung am 20. Oktober 1921 beizufügen. Die ihnen von den Behörden erteilten Quittungen haben die Arbeitnehmer sorgfältig aufzubewahren.  
Riesa, am 19. Januar 1922.

Das Finanzamt.

## Anzeigen

für die abends erscheinende Ausgabe des Riefaer Tageblattes werden bis spätestens früh 10 Uhr (mündlich tags zuvor) erbeten. Geschäftsstelle des Riefaer Tageblattes, Goethestr. 59.

## Derliches und Sächsisches.

Riesa, den 20. Januar 1922.

— **Künstlerische Schaubühne.** Aus der Theaterkassette wird uns geschrieben: „Der Meinelbauer.“ Auch über dieses Volksstück des besten sächsischen Volksdichters gibt der Artikel auf dem Theaterzettel Einführung und Aufschlag. Ueber die Verkaufsführung durch die R. S. S. diesen Sommer in Oberhain schrieb Sigmund Graf im „Ergeb. Gen. Anz.“: „Die Wiedergabe des Stückes war schlecht bis vollständig. Wenn ich aus der großen Zahl der sämtlich beschrifteten Mitglieder nur einen einzigen heraushebe, soll das also nicht geringste Bemerkung eines anderen bedeuten. Dieser einzelne ist Maximus Rind, der in der Titelfolge des Meinelbauers eine seiner unvorzähllichsten Gestalten auf die Bretter stellte.“ Die Vorstellung beginnt morgen 1/2 8 Uhr, Ende nach 11 Uhr. — Die Sonntag-Nachmittag-Aufführung „Emilia Galotti“ beginnt nicht 1/2 2, sondern um 2 Uhr. — Es sind auf allen Bühnen noch Karten für alle Vorstellungen zu haben. Bemerkenswert ist, daß bei der Anordnung der Stuhlreihen von jedem Platte, auch von den sogenannten Seitenreihen, die ganze Bühne in allen ihren Teilen sehr gut zu übersehen ist.

— **Veranstaltung der Jugendpflege.** Am nächsten Sonnabend, den 28. Jan., veranstaltet der evang. Jungmännerverein unserer Stadt abends 1/2 8 Uhr im Saale des Wettiner Hofes einen öffentlichen Lichtspielabend. Der Leiter des evang. Jungmännerbundes in Sachsen, Bundeswart Pastor B. Müller aus Dresden, wird über die christliche Jugend in den Stürmen der Gegenwart sprechen und dabei einen Film zeigen, der auf dem Bundesfest in Weissen im September vorigen Jahres aufgeführt worden ist und ein anschauliches Bild vom Leben der evang. Jungmännervereine bietet. Es darf erwartet werden, daß alle Kreise unserer Stadt, die für das Drängen und Treiben und für die Räte der Jugend ein Herz haben, diesen Abend besuchen. Die Eintrittspreise betragen 5, 3 und 2 R. Karten werden in den Säulern zum Verkauf angeboten und sind an der Abendkasse zu haben.

— **Das Finanzamt Riesa schreibt und folgendes:** Im amtlichen Teile des heutigen Blattes befindet sich eine Bekanntmachung über die Einlieferung der für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 verwendeten Steuerkarten und -marken, auf die der großen Wichtigkeit wegen, die sie für Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat, noch besonders hingewiesen wird. Um eine möglichst vollständige Ablieferung der entwerteten Marken zu erzielen und die Arbeitnehmer tunlichst vor Schanden zu bewahren, möchten nicht nur die unmittelbar beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich mit dem Inhalte der Bekanntmachung befassen, sondern auch die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die Gewerkschaften und bergleichen ausüben. Auf die Notwendigkeit, den in Absatz 2 der Bekanntmachung erwähnten Anschlag in den Arbeits- und Geschäftsräumen anzubringen, werden die Arbeitgeber noch besonders hingewiesen. Ebenso wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Unterlassung rechtzeitiger Ablieferung der Marken nicht nur die in § 202 der Reichsabgabenordnung vorgesehene Zwangsmittel nach sich zieht, die Einnahmen vielmehr auch Gefahr laufen, veranlagt zu werden und die Steuer für 1921 noch einmal entrichten zu müssen.

— **Eine große Aktion.** Unter dieser Überschrift berichtet die „Dresdner Volkszeitung“, daß die verantwortlichen Redakteure der „Dresdner Volkszeitung“, der „Unabhängigen Volkszeitung“, der „Sächsischen Staatszeitung“, der „Chemnitzer Volksstimme“ und wahrlich noch anderer Blätter auf Veranlassung der Leipziger Staatsanwaltschaft wegen Verleumdung gegen die Paragrafen 17 und 18 Abs. 1 des Preßgesetzes angeklagt worden sind, weil sie im November vorigen Jahres Altmaterial veröffentlicht haben, das aus dem gegen den Verurteilten „Die Brüder von Stein“ eingeleiteten aber noch nicht abgeschlossenen Ermittlungsverfahren kamte.

— **Die „Dresdner Volkszeitung“ schreibt dazu:** So viel wir wissen, ist das Ermittlungsverfahren gegen die Brüder von Stein immer noch nicht abgeschlossen. Daß aber ist nun das Verfahren gegen uns und die Mitangeklagten eröffnet. Es haben auch bereits Vernehmungen stattgefunden und zwar interessiert es die Staatsanwaltschaft zu erfahren, wer den Brüdern von Stein diesen Streich gespielt und das Altmaterial den Zeitungen gegeben hat. Erfahren hat sie es nicht.

— **Die Tarife für Erzeugnisse und beschleunigtes Eisen.** Am 1. April wird aus Berlin gemeldet: Im Eisenbahnerpreiskodex wird vom 1. Febr. der bisherige Kilometertarif durch einen Staffeltarif ersetzt, der durch einen 6-prozentigen Aufschlag zum jetzigen Kilometertarif gebildet wird. Die Mindesttarife betragen

12 Mark, das Mindestgewicht für Frachtberechnung 10 Kilogramm, die Mindestentfernung 10 Kilometer. Die Beträge werden auf die volle Mark abgerundet. Auch die Fracht für beschleunigtes Eisen wird vom 1. Februar ab nicht mehr durch Verdoppelung des Gewichtes, sondern nach dem einfachen abgerundeten Gewicht für gewöhnliches Eisen unter Aufschlag von 60 Prozent berechnet. Die Mindestfracht beträgt 2 Mark, das Mindestgewicht 20 Kilogramm. Damit hat die Tarife für Erzeugnisse und beschleunigtes Eisen mit Rücksicht auf die Gleichzeitigkeit der Beförderung abgestimmt, ausgenommen die geringen Unterabgabe im Mindestgewicht.

— **Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.** Dem Landtage ist ein Antrag der Unabhängigen auf unverzügliche Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung zugegangen.

— **Die sächsische Industrie gegen eine weitere Einschränkung des Postverkehrs.** Die Oberpostdirektion Dresden hat an dem Verband Sächsischer Industrieller die Anfrage gerichtet, wie er sich an der Frage des früheren Schließes des Schalterdienstes an Sonntagen stelle und ob er glaube, daß ein Schalterdienst um 5 Uhr mit den geschäftlichen Interessen vereinbar sei. Der Verband Sächsischer Industrieller hat auf Grund einer von ihm veranstalteten Kundgebung der Oberpostdirektion mitgeteilt, daß die Interessen der Industrie einen solchen frühen Schalterdienst nicht ohne Schädigung ertragen könnten, da gerade am Sonntag sich die Post außerordentlich häuft und es für die Firmen ganz unmöglich ist, die Aufgabe der Postsendungen bis um 5 Uhr zu erledigen. Der Verband hat sich infolgedessen gegen die geplante Regelung ausgesprochen.

— **Staatsmittel zur Verbesserung der Milchversorgung.** Dem sächsischen Landtage ist eine Vorlage der sächsischen Regierung, betreffend die wirtschaftliche Einstellung von Mitteln zur Verbesserung der Milchversorgung in den Haushalten für 1922 zugegangen, und zwar handelt es sich um die Bewilligung von weiteren 13 Millionen. Das Wirtschaftsministerium will in Uebereinstimmung mit dem Finanzministerium bestimmen, daß die dann zur Verfügung stehenden Geldmittel zur Steigerung der Milchversorgung und Anlieferung nach den Bedarfsorten zu verwenden sind. Gegen die Verwendung der verfügbaren Beträge zur Verbesserung der Milch für Minderbemittelte hat, wie in der Begründung ausgeführt wird, das Finanz- und Wirtschaftsministerium die schwersten Bedenken, weil bei den jetzigen Milchpreisen und der hohen Zahl der Bedürftigen die Beträge nicht ausreichen, um eine vollständige Milchversorgung auf längere Zeit durchzuführen, so daß es sich nur um eine ziemlich nutzlose Verzettelung der Geldmittel handeln könne. Die Regierung erachtet den Landtag als beschleunigte Behörde der Angelegenheit, weil bei der vorgeschrittenen Zeit die bestimmungsgemäße Verwendung der Geldmittel, insbesondere die Beschaffung von Frachtmitteln für die nächsten Monate, so schnell als möglich in die Wege geleitet werden müsse.

— **Rachlösung in den Jagen.** Bei der Erhebung der Fahrgebühren von Reisenden ohne gültige Fahrkarte ist für die Höhe des Betrages der Umstand von entscheidender Bedeutung, ob die Reisenden „rechtzeitig“ gemeldet haben, daß sie nicht im Besitz einer gültigen Fahrkarte sind, oder ob sie es unterlassen haben, sich rechtzeitig zu melden. Als „rechtzeitige Meldung“ gilt in Abteilungen, wenn der Reisende spätestens folgende nach dem Antritte — jedenfalls vor Prüfung der Fahrkarten — dem Schaffner durch das Fenster hindurch mitteilt oder zu erkennen gibt, daß er nachsitzen müsse, in Zügen, wenn der in einem Abteil befindliche Reisende sich meldet, bevor der Schaffner an dem Abteil zur Nachprüfung der Fahrkarten erscheint oder wenn der im Seitengang sich aufhaltende Reisende sich meldet, ehe der Schaffner ihn zum Vorgehen der Fahrkarte auffordert.

— **Wohnungsmietengesetz für Sachsen?** Wie unser Dresdner Mitarbeiter erfährt, haben die Unabhängigen im sächsischen Landtag einen Antrag eingebracht, der die Regierung erucht, beschleunigt den Entwurf eines Wohnungsmietengesetzes vorzulegen und, unbeschadet dieser gesetzlichen Regelung, sofort anzuordnen, daß eine Höchstgrenze für Mietsteigerungen festgesetzt wird, so daß auf die Friedensmiete nur ein bestimmter angemessener Prozentsatz aufgeschlagen werden darf. — Der erweiterte Vorstand des Bundes Deutscher Mietervereine verlangt zum Wohnungsmietengesetz, daß das Mietverbot der Mieter und die Abrechnungspflicht der Vermieter wegen der Zuschläge und Befehle aufgenommen werden müsse, das auch zeitlich nicht bis 1926 befristet werden solle. Zum Mieterschutzes wird gefordert, der Befehl des freien Grundbesitzers der Vermieter, Schaffung staatlicher Miet-

rechte mit Latenbeiliegen, beschleunigtes vermindertes Befahren, Einföhrung einer Verzugs- und Bescherdeverfahren.

— **Freitag.** Zur Bürgermeistereiwahl ist die Bewerbungsfrist am 10. Januar abgelaufen. Es sind etwa 50 Bewerbungen eingegangen, darunter eine ganze Reihe von Herren aus Sachsen.

— **Burgstädt.** Während in der hiesigen Eisengießerei von Mattik drei Arbeiter mit dem Transport eines Krafthammers beschäftigt waren, löste sich dieser und stürzte herab, wobei er den Schmelzmann unter sich begrub. Diesem wurde der Brustkorb zerdrückt und ein Bein abgequetscht, so daß der Tod bald nach dem Unfall eintrat.

— **Der ruhut.** Den achtstündigen Arbeitstag befehligen hat die Arbeiterschaft der Firma Düringer & Co. Sie beschloß, bis auf weiteres zehn Stunden zu arbeiten. Der Beschluß gilt für den ganzen großen Betrieb.

— **Raunhof.** Als vor kurzem Frau H. aus Köhna des Abends nach Lindhardt fährt, springt ihr plötzlich ein Reh zwischen die Räder, so daß sie heruntergestürzt und schwer verletzt wurde. Das Reh lag daneben, es hatte das Genick gebrochen und wurde abgetötet.

— **Burgstädt.** Bei dem in Böhlen eröffneten Braunkohlenwerk wurde Anfang 1921 der erste Spatenstich getan, und bis zum Jahreschluss wurden rund 1 Million Kubikmeter ausgebagert. Außerdem wurden 30 Wohnungen für Beamte und Arbeiter durch Ren- und Umbauten bereitgestellt. Die Poleschaft bestand gegen Ende des Jahres aus 800 Mann, fast ausschließlich Arbeitslose des Leipziger Bezirkes.

— **Grümm.** In der Turnstunde der Fortbildungsschüler wollte der 16jährige Arno Hofmann aus Erdmannshain die Stütze am Red ansühren. Dabei verlor er den Halt und schlug so schwer mit dem Kopf auf, daß er einen Schädelbruch erlitt, dem er nach wenigen Stunden erlag.

— **Veitzsch.** Die Stadtverordneten beschäftigten sich am Mittwoch mit den Lohnforderungen der Straßenbahner. Obwohl das Kollegium durch einstimmige Annahme zweier Dringlichkeitsanträge, in denen sofort erneute Verhandlungen über den Tarifverhältnissen entsprechende Lohnforderungen verlangt wurden, alles getan hatte, um den Ausstand zu verhindern, beschloßen die Straßenbahner, am Donnerstag in den Streik zu treten. Die Urabstimmung am Mittwoch nachmittag ergab 3800 Stimmen für und 400 gegen den Streik. Die Straßenbahnen verkehren seit gestern früh nicht.

## Deutscher Industrie- und Handelstag.

Im Verlauf des deutschen Industrie- und Handelstages, über dessen Beginn wir bereits berichteten, schilderte Kommerzrat Dr. Manasse die Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands. Er betonte besonders, daß das Finanzverhältnis zum größten Teil auf der unerträglichen Last der Reichs- und Londoner Bedingungen beruhe. In der folgenden Diskussion wandte sich Vorstandsvorsitzender gegen eine scharfe Zentralisierung der Reichseinkommensteuer durch das Reich und die damit zusammenhängende übermäßige Anspannung der Gewerbe- und Grundsteuer. Geheimrat Quast vom Verkehrsministerium wandte sich gegen die Erhöhung der Eisenbahn- und Posttarife, die seiner Ansicht nach den Zusammenbruch des Transportwesens nicht aufhalten; vielmehr sei eine durchgreifende Maßnahme der Eisenbahn- und Postverwaltung notwendig. Einer Entschliebung, in der der Standpunkt des Industrie- und Handelstages festgelegt wurde, entnahmen wir:

„Die neue riesige Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren bedeutet eine schwer erträgliche Belastung des Gewerbebetriebes und hat eine außerordentliche nachteilige Wirkung auf den geschäftlichen Verkehr ausgeübt. Wir verlangen, daß die Ausdehnung des Postbetrages durch größere Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung herbeigeführt wird. Wir beantragen ferner, daß die Reichspostverwaltung sobald als möglich eine Statistik über die Entwicklung des Verkehrs unter der Geltung der verschiedenen Vorklässe herausgibt. Die Erbitterung über die Tarifserhöhung ist in der Bevölkerung um so größer, als die Leistungen der Postverwaltung keineswegs im Verhältnis zu den erhöhten Gebühren stehen. Es wird die Wiedereinführung von Privatpostdiensten für den Ortsverkehr gefordert.“

Geschlossen wurde die Tagung mit einer großen Entschliebung, die besagt, daß trotz wachsender Erkenntnis der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage Deutschlands im Ausland die von den Feindbündländern getroffenen Maßnahmen Deutschland nicht zur Befundung führen werden.